

# Pespektiven neuer Politik : Parteien und neue soziale Bewegungen

Autor(en): **Kriesi, Hanspeter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP**

Band (Jahr): **26 (1986)**

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-172521>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hanspeter Kriesi

# Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen

Ausgehend von allgemeinen Überlegungen zur Entwicklung von Parteiensystemen und sozialen Bewegungen wird in diesem Beitrag das Verhältnis des Schweizer Parteiensystems zu den neuen sozialen Bewegungen untersucht. Die aufgrund günstiger Rahmenbedingungen relativ starke Mobilisierung neuer sozialer Bewegungen in der Schweiz schränkt die Bedeutung des Parteiensystems zwar weiter ein, von einem Ende der Parteien kann aber keine Rede sein. Innerhalb des Parteiensystems verlieren im Gefolge des Verblässens ehemals bedeutsamer Konfliktdimensionen traditionelle Parteibindungen an Gewicht, während die neue, hier vor allem als Gegensatz von Modernismus und Anti-Modernismus gedeutete Konfliktdimension oppositionellen Kräften, die allerdings nur zum Teil den neuen sozialen Bewegungen nahestehen, Auftrieb verleiht. Daraus ergeben sich unter Umständen in Zukunft neue Allianzmöglichkeiten innerhalb des Parteiensystems.

Une réflexion générale sur le développement des systèmes des partis et des mouvements sociaux introduit une analyse du rapport entre partis et nouveaux mouvements en Suisse. Les conditions suisses sont favorables à une mobilisation relativement forte des mouvements sociaux. Ce phénomène engendre une nouvelle limitation du rôle du système des partis. Il serait toutefois erroné de prédire la fin des partis. Suite à la diminution des clivages traditionnels, l'appartenance à des partis perd en importance. De nouveaux clivages entre modernisme et anti-modernisme favorisent des forces d'opposition qui ne sont qu'en partie proches des nouveaux mouvements sociaux. Il n'est pas à exclure que cette constellation offre à l'avenir d'autres possibilités d'alliance au sein du système des partis.

## I. Die Entwicklung des Schweizer Parteiensystems

Die Entwicklung von Parteiensystemen wird allgemein bestimmt durch zwei Kategorien von Determinanten: durch die Dynamik der gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen («social cleavages») einerseits und die institutionellen Gegebenheiten des politischen Systems («rules of the game») andererseits (Smith 1972). Die Parteien organisieren sich zum einen auf der Basis *gesellschaftlicher Konflikte*, die sie im politischen System artikulieren. Ein Wandel in gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen schlägt sich aber nicht unmittelbar in einer Transformation des Parteiensystems nieder. Parteiensysteme reagieren im allgemeinen nur sehr träge auf gesellschaftlichen Wandel, was Lipset/Rokkan (1967) zu ihrer berühmten Feststellung veranlasst hat, die europäischen Parteiensysteme der sechziger Jahre reflektierten mit wenigen bezeichnenden Ausnahmen noch die Konfliktkonstellationen der zwanziger Jahre, eine Feststellung die von Rose/Urwin (1970) empirisch bestätigt werden konnte. Diese ausgesprochene Stabilität ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sich die etablierten Parteien an gesellschaftlichen Wandel anzupassen und dessen politische Konsequenzen zum Teil zu kontrollieren verstehen (Mair 1983: 419 ff.). Solange es den Parteiensystemen gelingt, zu kontrollieren, was politisch relevant wird, haben Veränderungen in den gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen kaum Veränderungen in diesen Systemen zur Folge.

Seit den sechziger Jahren haben die etablierten Parteien in verschiedenen europäischen Ländern nun aber zumindest einen Teil dieser Kontrolle über die politische Artikulation gesellschaftlicher Transformationen verloren. Es ist Bewegung in die Parteiensysteme gekommen (Maguire 1983, Pedersen 1983). In dem Masse wie die traditionellen Klassen- und konfessionellen Konflikte abgeschwächt wurden, begannen sie auch an politischer Relevanz einzubüssen. Mit der Zerstörung der subkulturellen Netzwerke der Arbeiterkultur und der Zurückdrängung der traditionellen katholischen Kultur verloren die sozial- und christlichdemokratischen Parteien einen Teil ihrer lebensweltlichen Verankerung und damit einen Teil ihrer Kontrolle über die Wählerschaft. Im schweizerischen Parteiensystem, das lange Zeit zu den stabilsten in Europa gezählt hatte (von Beyme 1982: 361), machte sich diese neue Bewegung relativ stark bemerkbar, gehört die Schweiz doch zusammen mit Finnland, Dänemark, Holland und Norwegen zu jenen fünf europäischen Ländern, in denen die Fluktuation der Stimmenanteile der Parteien in der Periode 1970–1977 durchschnittlich mehr als doppelt so hoch war wie in der Periode 1948–1959 (Pedersen 1983).

Seit dem Ende der sechziger Jahre sind in der Schweiz nacheinander drei Gruppen von Aussenseiterparteien in die Phalanx der etablierten Parteien eingebrochen (vgl. *Tab. 1*). Zunächst war es der bereits Mitte der dreissiger Jahre «aus Notwehr gegen eine reaktionäre Mittelstandspolitik» (Gruner 1984: 142) gegründete *Landesring*, der Opposition gegen die etablierten Parteien zu mobilisieren verstand. In der Nachkriegszeit war er vor 1967 nie über

Tabelle 1: Entwicklung der Stimmenanteile der Parteien bei Nationalratswahlen <sup>1</sup>

Parteien	1963	1967	1971	1975	1979	1983
Traditionelle linke Parteien (SP, PdA)	28,8	26,4	25,3	27,3	26,7	23,7
Konfessionelle Parteien (CVP, EVP)	25,0	23,7	23,2	23,1	23,7	22,5
Übrige bürgerliche Parteien (FDP, SVP, LPS)	39,4	37,9	34,4	34,5	38,5	37,2
Landesring	5,0	9,1	7,6	6,4	4,1	4,0
Nationale Rechte (NA, Republikaner)	-	,5	7,5	5,5	1,9	3,5
Neue Linke, Grüne (POCH, PSA, Grüne Partei)	-	-	-	1,0	3,4	6,7

<sup>1</sup> In jedem Jahr gibt es noch eine Restgruppe, die ich nicht weiter zuteilen konnte. Ihr Anteil schwankt zwischen 2,9 % (1967) und 1,6 % (1979)

5,5 Prozent hinausgekommen. 1967, kurz vor dem Ausbruch der Studentenbewegung in der Schweiz, erlebte er mit seiner links-liberalen Opposition gegen die Verfilzung der etablierten Parteien aber einen grossen Erfolg. Es gelang ihm vor allem, Unabhängige aus der neuen Mittelschicht zu mobilisieren. Zu Beginn der siebziger Jahre folgte die zweite Welle von Oppositionserfolgen. Diesmal war es die *nationale Rechte*, die mit ihren Losungen gegen Überfremdung und Überbevölkerung einen beachtlichen Erfolg erzielte. Im Verlaufe der siebziger Jahre verloren diese Oppositionsparteien wieder einen beträchtlichen Anteil ihrer Stimmen, die Überfremdungsparteien verschwanden sogar beinahe und die etablierten Parteien gewannen Stimmen zurück – zuerst die traditionellen Linksparteien (unter dem Eindruck der Krise von 1974/1975), dann die bürgerlichen Parteien (unter dem Eindruck der neokonservativen Wende: «Mehr Freiheit, weniger Staat»). Seit Mitte der siebziger Jahre begann sich aber auch eine dritte Oppositionswelle innerhalb des Parteiensystems zu entwickeln, jene der *neuen linken und grünen Parteien*, die in den Nationalratswahlen von 1983 zur stärksten Aussenseiterströmung geworden sind und deren Anhang, wie kantonale Wahlen seither gezeigt haben, noch stets weiter wächst. Die kantonalen und bedeutenderen städtischen Wahlen von 1984 <sup>1</sup> haben allen drei der beschriebenen Aussenseitergruppierungen Stimmengewinne auf Kosten der etablierten Parteien gebracht, wobei die bürgerlichen Parteien prozentual grössere Einbussen hinnehmen mussten als die Linksparteien (2–7 Prozent, verglichen mit 0,5–4 Prozent je nach Kanton; vgl. Blum 1984). Der Landesring profitierte von seiner neuen ökologischen Ausrichtung, die beinahe totgesagte nationale Rechte von der im Zusammenhang mit der Asylantenfrage zunehmenden Fremdenfeindlichkeit. 1985 setzte sich dieser Trend zugunsten von Oppositionsparteien in akzentuierter Form fort <sup>2</sup>. Im Unterschied zu 1984 verlor die Linke nun aber mehr

<sup>1</sup> 1984 fanden Wahlen statt in den Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen, Schwyz, Thurgau, Uri und Schaffhausen sowie in den Städten Bern, Biel, St. Gallen und Schaffhausen.

<sup>2</sup> 1985 fanden Wahlen statt in den Kantonen Aargau, Genf, Graubünden, Neuenburg, Solothurn und Wallis sowie in der Stadt Lausanne.

Stimmen als die bürgerlichen Parteien, die im Wallis und in Neuenburg sogar etwas dazugewannen. Hinzugewonnen haben aber vor allem die grünen Parteien (zwischen 1,4 und 8,2 Prozent) und jene der nationalen Rechten (zwischen 0,5 und 14,2 Prozent) (Blum 1985). Zum ersten Mal scheinen sich nun die Erfolge der oppositionellen Parteien nicht gegenseitig aufzuwiegen, sondern auf Kosten der etablierten Parteien zu kumulieren.

Woher kommen aber die Stimmen für die Aussenseiterparteien? Die Vox-Analyse der Nationalratswahlen von 1983 gibt in dieser Hinsicht einige Hinweise: So rekrutiert sich die Wählerschaft der neuen linken und grünen Opposition überwiegend *aus den jüngeren Generationen* (bis 40) aus städtischen Kontexten, während sich die nationale Rechte zum überwiegenden Teil aus Rentnern zusammensetzt (vgl. Longchamp 1984: 12). Eine vergleichende Analyse der Parteiensympathien repräsentativer Querschnitte der Schweizer Stimmbürger von 1972 und 1980 bestätigt die Bedeutung der Generationszugehörigkeit in diesem Zusammenhang. Die traditionellen Bindungen der katholischen Wähler an die CVP sind in den siebziger Jahren in den jüngeren Generationen tendenziell aufgelöst worden<sup>3</sup>. So sympathisierten die unter 40jährigen Katholiken 1980 fast dreimal weniger oft mit der CVP als ihre über 40jährigen Glaubensgenossen (15 gegenüber 41 Prozent CVP-Sympathisanten), während sich 1972 noch keine derartigen Generationsunterschiede feststellen liessen. Ein ähnlicher Trend lässt sich bezüglich der traditionell starken Bindung der neuen Mittelschichten an die bürgerlichen Parteien feststellen: In der neuen Mittelschicht gab es 1972 in den beiden unterschiedenen Altersgruppen nur je rund einen Sechstel Sympathisanten von Linksparteien. 1980 waren die entsprechenden Anteile in beiden Altersgruppen angestiegen, besonders deutlich aber in den jüngeren Generationen (auf 24 bzw. 35 Prozent). Die vergleichende Analyse zeigt auch, dass die Auflösung traditioneller Bindungen in der Romandie weiter fortgeschritten ist als in der deutschen Schweiz.

Das Ausmass und die Art und Weise, wie gesellschaftliche Konfliktkonstellationen in Parteikonfigurationen abgebildet werden, hängt im weiteren auch von *institutionellen Gegebenheiten* des politischen Systems ab. Dabei wäre zunächst einmal das *Wahlssystem* zu nennen: Während Mehrheitswahlsysteme die Zugangschancen für neue Parteien stark beschränken, sind Proporzwahlsysteme in dieser Beziehung viel offener. Die Schweiz kennt für Parlamentswahlen zwar das Proporzwahlssystem, die Tatsache, dass die einzelnen Kantone die Wahlkreise bei nationalen Wahlen bilden, schränkt die damit gegebene Offenheit aber zum Teil wieder ein. In den kleineren Kantonen liegt nämlich die Zugangsschwelle für neue Parteien angesichts der beschränkten Anzahl Parlamentssitze, die in ihnen vergeben werden, zum Teil beträchtlich

3 Die Ergebnisse dieser vergleichenden Analyse, die ich selbst durchgeführt habe, sind bis jetzt nicht im Detail publiziert worden. Bürklin (1981) kommt für die Bundesrepublik zu weitgehend denselben Ergebnissen.

höher als etwa in der Bundesrepublik mit ihrer 5-Prozent-Klausel<sup>4</sup>. In den kleinen, meist ländlichen Kantonen verstärkt damit das Wahlsystem die etablierten gesellschaftlichen Kräfte. In den grösseren, oft städtischen Kantonen dagegen begünstigt das Wahlsystem die hier besonders stark vertretenen neuen Kräfte, welcher Art sie auch immer sein mögen.

Der *föderalistische Aufbau* des Landes, der sich unter anderem auch in dieser Wahlkreiseinteilung ausdrückt, bildet eine zweite institutionelle Besonderheit der Schweiz, welche das Parteiensystem prägt. Der Föderalismus hat als Barriere gegen den Aufbau zentralisierter Parteiorganisationen gewirkt. Angesichts des ausgeprägten Sektionalismus im schweizerischen Parteiensystem ist Schumann (1971, S. 125) «fast geneigt, nicht von einem Parteiensystem zu sprechen, sondern von so viel Parteiensystemen wie es Kantone gibt». Dieser Sektionalismus hat unter anderem zur Folge, dass die kantonalen Sektionen der grossen Parteien je nach Kontext sehr unterschiedliche Positionen einnehmen: Während die CVP beispielsweise im Kanton Wallis die staatstragende Partei ist, gehörte sie zu den treibenden oppositionellen Kräften, die innerhalb des Kantons Bern für die Bildung eines neuen Kantons Jura fochten. Umgekehrt befindet sich die FDP, die staatstragende Partei par excellence, im Kanton Wallis in der Opposition und kämpft dort an der Seite der Sozialdemokraten und der Jungen CVP gegen die Herrschaft der Christlich-Demokraten. Dieser Sektionalismus schwächt das Parteiensystem als Ganzes (vgl. von Beyme 1982: 228). Für die einzelnen Parteien ist er zwar ebenfalls ein Nachteil, sind dadurch doch parteiinterne Spannungen quasi vorprogrammiert. Andererseits erhöht er aber auch die Flexibilität der einzelnen Parteien im Umgang mit regionalen und lokalen Besonderheiten. Für die neuen gesellschaftlichen Kräfte bedeutet er, dass sie je nach Kontext mit unterschiedlichen Parteikonfigurationen konfrontiert sind und sich entsprechend einstellen müssen.

Eine dritte institutionelle Besonderheit bildet das schweizerische Regierungssystem, das sogenannte *Konkordanzsystem*, demgemäss alle grossen Parteien an der Regierung beteiligt sind. Dieses System, das auf allen Systemebenen spielt, hat eine ausserordentlich stabilisierende Wirkung auf das Parteiensystem ausgeübt. Die «Grossen» haben sich miteinander arrangiert, und die neuen Aussenseiterparteien haben bis jetzt nicht jene Bedeutung entwickelt, die notwendig wäre, um neue Allianzmöglichkeiten zu eröffnen. Die Beteiligung am Konkordanzsystem hat sich insbesondere für die SP als kritisch erwiesen, da sie dadurch oft in eine sehr zwiespältige Lage gerät. Die SP nimmt innerhalb der Konkordanzregierungen<sup>5</sup> jeweils eine Minderheitsposition ein, sie wurde in diese Regierungen formell kooptiert, d. h. sie wurde an

4 Man vergleiche diese Situation etwa mit derjenigen der Niederlande, wo das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bildet, was kleinen Parteien extrem günstige Startvorteile bietet.

5 Die SP ist nicht nur an der Bundesregierung, sondern ebenfalls an 21 von 26 Kantonsregierungen (Blum 1984a) und an den Regierungen der grösseren Städte beteiligt.

der Regierung beteiligt, ohne dass ihr ein entsprechender Einfluss auf die Regierungsgeschäfte gewährt worden wäre (Kriesi 1980). Aus diesem Grunde beteiligt sich die SP oft auch an oppositionellen Vorstössen. Im Gefolge der «Kulturrevolution» der späten sechziger Jahre hat ein nicht geringer Teil der 68-Generation den Marsch durch die SP angetreten und die oppositionellen Strömungen innerhalb dieser Partei verstärkt. Die Partei hat sich in der Folge vor allem in den grösseren Deutschschweizer Agglomerationen von ihrer traditionell gewerkschaftsnahen Position entfernt und hat neue Impulse von den neuen sozialen Bewegungen aufgenommen. Die innere Spannung, die aus dieser zwiespältigen Situation resultiert, kam anlässlich der Bundesratswahlen im Dezember 1983, aber auch anlässlich verschiedener kantonaler und städtischer Wahlen in der deutschen Schweiz in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zum Ausbruch.

Ein weiteres Merkmal, das die institutionelle Situation der Schweiz charakterisiert, ist die *direkte Demokratie*. Gruner (1984: 149) meint, dass diese von allen Institutionen die nachhaltigste Wirkung auf das schweizerische Parteiensystem ausgeübt hätte: «Sie gestattete es politischen Gruppierungen, die Volksmassen leicht und schnell in Marsch zu setzen, ohne dass es hierzu eines grossen Parteiapparates oder eines straff gegliederten Anhangs bedurft hätte.» Die Referendumsdemokratie begünstigt die Entwicklung neuer Parteien. So sind den Wahlerfolgen aller drei beschriebenen Aussenseitergruppierungen zuerst mehr oder weniger erfolgreiche Initiativen- und/oder Referendumskampagnen dieser Gruppierungen vorausgegangen. Andererseits hat die Referendumsdemokratie das Parteiensystem gesamthaft gesehen aber eher geschwächt (von Beyme 1982: 228; Gruner 1984: 150). Die Parteien spielen im Vergleich zu den Interessenverbänden in den Abstimmungskämpfen nur eine untergeordnete Rolle: «Mangel an Geld, Sachkunde und freiwilligen Helfern beschneiden ihre Einflusschancen» (Gruner 1984: 150). Die Abstimmungsparolen werden, wie Gruner/Hertig (1983: 126) gezeigt haben, nur wenig beachtet und zudem wirkt sich hier erneut der Sektionalismus der Parteien aus: Die kantonalen Parteien durchkreuzen mit Sonderparolen die Absichten der Landesparteien.

In allen europäischen Ländern hat sich neben dem Parteiensystem und der parlamentarischen Demokratie ein zweites Interessenvermittlungssystem, das neo-korporatistische *Verbandssystem* entwickelt, das den Spielraum des Parteiensystems bedrängt (Smith 1972: 75). Die Parteiensysteme sind dadurch nicht überflüssig geworden, sondern die korporatistischen Interessenvermittlungssysteme sind, wie Lehbruch (1977, 1984) verschiedentlich argumentiert hat, auf die konsensusbildende Kapazität parlamentarischer Vermittlung, und das heisst Vermittlung durch Parteien, angewiesen. Die verschiedenen beschriebenen institutionellen Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz, zu denen schliesslich auch noch das *Fehlen eines Berufsparlaments* hinzugefügt werden müsste, haben jedoch dazu geführt, dass das Parteiensystem in diesem Land in besonderem Masse Funktionen an das Verbandssystem verloren hat. Die grossen Parteien sind von den Verbänden recht

eigentlich «unterwandert» worden. Im Wettbewerb mit den Verbänden sind sie «auf der ganzen Linie ins Hintertreffen» geraten (Gruner 1977: 179).

## II. Die Entwicklung der neuen Bewegungen in der Schweiz

Die Entwicklung des Parteiensystems wird aber nicht nur von seiten der Interessenverbände, sondern vor allem auch durch die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen bedrängt. Die explosionsartige Entwicklung unkonventioneller politischer Aktionsformen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre (Kriesi et al. 1981) hat den Stellenwert der parlamentarischen Demokratie und damit der Parteien nicht nur in der Schweiz bleibend eingeschränkt (Stuurman 1985: 90 f.). Diese neue Welle politischer Artikulation ist, wie wir zeigen konnten, vor allem auf die Mobilisierung neuer politischer Potentiale, d. h. auf die Mobilisierung neuer sozialer Bewegungen zurückzuführen (Kriesi 1985: 44). Oppositionelle Bewegungen «von unten» gab es natürlich schon vor dieser Zeit. So sind denn auch die meisten grossen Parteien ebenso wie die ersten beiden der betrachteten Wellen von Aussenseiterparteien aus Bewegungen entstanden. Neu ist aber seit Ende der sechziger Jahre das Ausmass der ausserparlamentarischen politischen Basismobilisierungen und neu ist auch, dass sich diese Bewegungen von unten nicht mehr gleichsam automatisch mit der Zeit in Parteien institutionalisieren.

Ebenso wie die Entwicklung von Parteiensystemen hängt auch die Entwicklung von Bewegungen im allgemeinen und der neuen soziale Bewegungen im besonderen vom Wandel gesellschaftlicher Konfliktkonstellationen und von institutionellen Gegebenheiten des politischen Systems ab. Kennzeichnend für die Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen ist die *Entstehung einer neuen Konfliktlinie*, die nicht völlig unabhängig vom bislang dominanten Links-Rechts-Gegensatz ist, die sich aber doch weder mit ihm noch mit anderen traditionellen Konflikten deckt. Man hat diese neue Konfliktdimension auf unterschiedliche Weise zu fassen versucht. Dreitzel (1976: 82) hat zum Beispiel vom «Konflikt zwischen bürokratischer Administration und persönlicher Partizipation» gesprochen, Habermas (1981) hat den neuen Konflikt an «den Nahtstellen von System und Lebenswelt» geortet, Brand (1982) spricht von zwei neuen Dimensionen, von jener des Gegensatzes zwischen Modernismus und *Anti-Modernismus* und, im Anschluss an Inglehart (1977), von jener des Gegensatzes zwischen Materialismus und *Post-Materialismus*. Bemerkenswert ist, dass es sich bei diesem neuen Anti-Modernismus um einen Widerstand gegen die Moderne handelt, der vom Standpunkt der Moderne aus argumentiert. Die emanzipatorischen Ziele des Projekts der Moderne werden von diesem Anti-Modernismus akzeptiert, nicht aber die traditionellen Mittel der Modernisierung – Technokratie, Bürokratie, Gross-technologie, wirtschaftliches Wachstum und wie sie alle heissen mögen; sie werden abgelehnt, und zwar gerade im Namen der modernen Ziele. Wegen dieses widersprüchlichen Verhältnisses zur Moderne ist die neue Konfliktlinie



sehr schwierig zu interpretieren und gibt sie oft Anlass zu unerwarteten Allianzen bzw. Gegensätzen im politischen System.

Noch schwieriger als die Identifikation der neuen Konfliktdimensionen ist die Charakterisierung der strukturellen Veränderungen, in denen die Artikulation der neuen Konflikte wurzelt. Beck (1983) sieht hinter den neuen Konfliktlagen die Dynamik von *Individualisierungsprozessen*. Diese Dynamik wurde bis zum Zweiten Weltkrieg aufgefangen und abgepuffert durch «ständisch» gefärbte soziale Klassenlagen. Man war beispielsweise eingebunden in die Arbeitersubkultur, wo sich auf der Basis einer gemeinsamen materiellen Lage gemeinschaftliche Bindungen und Kontaktnetze entwickelten, die ihrerseits ein Bewusstsein von Einheit entstehen liessen. Es war die Generalisierung von Individualisierungsprozessen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg voll entfalten konnte, welche diese traditionellen Bindungen grösstenteils gelöst hat. Die Homogenisierung und Enttraditionalisierung von Lebenslagen vollzog sich als Individualisierung und führte gerade nicht, wie die Marxisten erwartet hatten, zur Entfaltung eines kollektiven Bewusstseins. Die Klassen verblassten vielmehr zu rein statistischen Gruppierungen und Kategorisierungen ohne lebensweltliche Relevanz.

Wie und wodurch aber schlagen Individualisierungsprozesse um in neue soziale Identitäten und Bindungen, fragt sich Beck. Eine Antwort, die er auf diese Frage skizziert, geht aus vom Widerspruch, der implizite in diesen Individualisierungsprozessen steckt: Heute, wo die Individualisierung am weitesten fortgeschritten ist, kann die individuelle Existenz weniger autonom geführt werden als je zuvor. Der einzelne wird aus Bindungen und Versorgungsbezügen herausgelöst, vermehrt auf sich selbst und seine eigenen Entscheidungen gestellt, gleichzeitig aber auch in verstärktem Masse abhängig von Regelungen und Verhältnissen, die seinem Zugriff entzogen sind. Die neuen Konflikte setzen dort an, *wo die verdrängte Gesellschaftlichkeit im Privatleben durchschlägt*: Der Gestank und der Lärm der Strasse vor dem Haus machten etwa die gesellschaftliche Problematik des individuellen Privatverkehrs bewusst. Bewusst werden sich vor allem die direkt Betroffenen und diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung und ihres lebensweltlichen Umfeldes für derartige Widersprüche sensibilisiert sind. «Nicht mehr die soziale Klassenlage, sondern punktuelle Betroffenheit und gemeinsame situative Bedürfnisdefinitionen geben den Kristallisationskern gesellschaftlicher Protestbewegungen ab» (Brand 1985: 315).

Inwiefern sich diese neue Konfliktdimension und die sie artikulierenden Bewegungen entfalten können, hängt zunächst vom *Problemdruck* auf dieser Dimension ab. In dieser Hinsicht ergeben sich für die neuen Protestbewegungen in der Schweiz aufgrund des allgemein reaktiven Charakters der Schweizer Politik (Kriesi 1980) günstige Entfaltungsbedingungen: Die Folgeprobleme des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses wurden hierzulande, abgesehen von der Gewässerverschmutzung (Bussmann 1981), besonders lange vernachlässigt. Dringende Probleme wurden zwar auf die politische Agenda gesetzt, aber jahre- bzw. jahrzehntelang keiner grundsätzlichen Lösung ent-

gegengeführt, was oppositionellen Kräften immer wieder Ansatzpunkte zur Mobilisierung liefert. Zum anderen hängen die Entfaltungschancen neuer sozialer Bewegungen aber auch vom *Gewicht und von der Mobilisierungskraft der traditionellen Konfliktlinien*, insbesondere der Links-Rechts-Achse und dem damit verbundenen Umfang sozialstaatlicher Regelungen ab. Brand (1985: 322) entwickelt dazu interessante Hypothesen:

«Je grösser das gesellschaftliche Gewicht des Klassenkonflikts und je mobilisierungsfähiger die Links-Rechts-Achse, desto geringer sind die autonomen Entfaltungsmöglichkeiten der neuen sozialen Bewegungen; desto wahrscheinlicher ist auch ihre organisatorische und inhaltliche Fragmentierung.»

Und umgekehrt: «Je umfassender der Klassenkonflikt durch den Ausbau sozialstaatlicher Politikmuster befriedet und in institutionellen Formen des Verteilungskonflikts kanalisiert wurde, desto grösser sind die autonomen Entfaltungs- und die inhaltlichen Generalisierungsmöglichkeiten des modernisierungskritischen Protest.»

Analog hält Bürklin (1981) die nachlassende ideologische Bindung an das System etablierter Konfliktstrukturen für eine der wesentlichen Ursachen der Entfaltung der neuen Politik-Dimension. In der Schweiz war der Klassenkonflikt nie so gross wie in anderen europäischen Ländern und in der Nachkriegszeit hat er noch stärker an Bedeutung eingebüsst als in anderen, ansonsten vergleichbaren Staaten. Die kommunistische Partei (PdA) hatte seit den fünfziger Jahren stets nur marginale Bedeutung. Die Gewerkschaften waren gemässigt und überdies stark fragmentiert und seit dem Friedensabkommen von 1937 in zunehmendem Masse ins System inkorporiert. Der Klassenkonflikt ist in der Schweiz aber weniger durch den Ausbau sozialstaatlicher Politikmuster als vielmehr durch die allgemeine Wohlfahrt befriedet worden. Schmidt (1985: 18) hat recht, wenn er die Schweiz weniger einen «Wohlfahrtsstaat als vielmehr eine Wohlstandsgesellschaft» nennt. Demgemäss bestehen in der Schweiz trotz eines verhältnismässig geringen Ausbaus des Wohlfahrtsstaates relativ günstige Voraussetzungen für die Entfaltung neuer sozialer Bewegungen<sup>6</sup>.

Auch was die andere Art von Determinanten der Entwicklung neuer sozialer Bewegungen – die institutionellen Gegebenheiten des politischen Systems – betrifft, formuliert Brand (1985: 323 ff.) relevante Hypothesen, die sich alle um die *Zugänglichkeit des politischen Systems* drehen:

«Ganz generell zeigt sich folgender Zusammenhang: Je höher die institutionellen Partizipationsmöglichkeiten neuer Protestgruppen, desto gemäs-

<sup>6</sup> Eine Befriedung des Klassenkonflikts verstärkt im übrigen, gemäss einer These Lehbruch (1977: 122) auch die Entfaltung eines neokorporatistischen Verbandssystems auf Kosten des Parteiensystems, da das Verbandssystem in einer solchen Situation weniger auf die konsensbildenden Kapazitäten des Parteiensystems angewiesen ist.

sigter und themenspezifischer kommt dieser Protest zum Ausdruck... Umgekehrt gilt: Je geringer die institutionellen Partizipationsmöglichkeiten und je geschlossener das politische System, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung autonomer und fundamentaloppositioneller, radikaler Protestformen.»

Die *direkte Demokratie* der Schweiz bietet neuen Protestgruppen im Prinzip institutionalisierte Zugangschancen, wie sie in anderen Ländern nicht zur Verfügung stehen. Insofern besteht in der Schweiz, gemäss dieser Hypothese in der Tat die Tendenz zu gemässigtem und themenspezifischem Protest. Die institutionell verankerte plebiszitäre Öffnung des Systems verbürgt aber in der politischen Praxis noch keinen effektiven Zugang zur politischen Macht. Es gibt zusätzliche institutionelle Barrieren, welche aufgebaut worden sind, um die Wirkung der direkt-demokratischen Instrumente einzuschränken, die hier nur stichwortartig genannt seien: Ständemehr, Gegenvorschlagsmöglichkeit des Parlaments und Abstimmungsmodus bei Vorliegen von Initiative und Gegenvorschlag, Abstimmungsempfehlungen der Regierung («Abstimmungsbüchlein»). Hinzu kommt, dass bei Volksabstimmungen oft die Abstimmungsbudgets, die in der Regel stark zuungunsten der Protestbewegungen verteilt sind, den Ausschlag geben (Gruner/Hertig 1983: 136). Schliesslich zeigt die jüngste Erfahrung im Zusammenhang mit der Preisüberwachung, dass sich das Parlament auch schlicht über den Mehrheitswillen der Stimmbürger, die eine Initiative gutgeheissen haben, hinwegsetzen kann. Angesichts der zunehmenden Tendenz zur Schliessung des politischen Systems der Schweiz auf allen Ebenen, eine Tendenz, die wir bereits früher festgestellt haben (Kriesi et al. 1981), die sich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre aber noch akzentuiert zu haben scheint, werden die direkt-demokratischen Instrumente stets stumpfer. Dies erhöht, entsprechend der These von Brand die Möglichkeit, dass sich auch in der Schweiz radikale, fundamentaloppositionelle Strömungen entwickeln. Ein sehr bezeichnendes Beispiel derartiger Entwicklungen bildet die Bewegung von Zürich, welche sich auch den direkt-demokratischen Artikulationskanälen völlig verweigert hat.

Dennoch wäre es verfehlt, in den direkt-demokratischen Instrumenten, und vor allem in der Initiative als dem institutionalisierten Instrument für Protestbewegungen par excellence, allein Mittel zur Beschäftigungstherapie für derartige Bewegungen zu sehen. Werder (1978) hat bereits gezeigt, dass Initiativen auf Bundesebene indirekte Wirkungen entfalten können, aus unserer eigenen Analyse ging hervor, dass Initiativen auf kantonaler und Gemeindeebene im allgemeinen wesentlich erfolgreicher sind als jene auf Bundesebene (Kriesi et al. 1981). Der flagrante Fall der Gesetzgebung zum Preisüberwacher deutet zudem an, dass das Initiativrecht auch zum Abbau derartiger Barrieren benützt werden kann: Die Missachtung der Bestimmungen der vom Volk gutgeheissenen Initiative durch das Parlament wurde gleich durch die Ankündigung dreier neuer Initiativen, worunter einer Initiative zur Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit, beantwortet (Gross 1986). Die

Fall-Studien zu einzelnen Mobilisierungsprozessen haben schliesslich gezeigt, dass die Benützung der institutionalisierten direkt-demokratischen Instrumente auch bewegungsintern mobilisierende Effekte hat. Die Tatsache, dass auf die Einreichung einer Initiative einige Zeit später noch ein Abstimmungskampf folgt, gibt beispielsweise einer Bewegung, die eine Initiative eingereicht hat, eine weitere Mobilisierungschance, welche sie, wie das etwa bei der Anti-AKW-Bewegung geschehen ist, aus einem Wellental herausführen kann (Kriesi 1982). Andererseits bindet die Mobilisierung im Rahmen der institutionalisierten direkt-demokratischen Möglichkeiten natürlich auch viele Kräfte: So erschöpfte beispielsweise der Einsatz für die Proporzinitiative sämtliche Kräfte der oppositionellen Jungen CVP im Wallis (Baumann 1985). Die direkte Demokratie stärkt und mässigt Protestbewegungen zugleich.

Das Bild der günstigen Bedingungen für die Entfaltung relativ gemässigter neuer sozialer Bewegungen in der Schweiz wird schliesslich abgerundet durch die institutionellen *Aspekte des Parteiensystems*, die bereits im ersten Abschnitt beschrieben worden sind. Die zwiespältige Stellung der SP im Regierungssystem der Schweiz hat auch eine zwiespältige Wirkung auf die Entfaltung der neuen sozialen Bewegungen. Eine grosse linke Oppositionspartei in einem Lande, in dem der Klassenkonflikt weitgehend entschärft ist, kann eine starke Stütze für neue soziale Bewegungen sein. Die Niederlande bilden ein Beispiel dafür: Dort profitierte die Friedensbewegung sehr stark von der Unterstützung durch die oppositionelle Sozialdemokratie. Kommt eine solche linke Oppositionspartei jedoch an die Macht, dann bindet sie unter Umständen auch einen grossen Teil der oppositionellen Energie neuer Protestbewegungen, wie das etwa in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik der Fall war. Die permanente Minderheitsbeteiligung der SP an der Schweizer Bundesregierung bildet insofern keine besonders günstige, aber auch keine besonders ungünstige Randbedingung für die Entfaltung neuer sozialer Bewegungen.

Die Entwicklungsbedingungen für neue soziale Bewegungen in der Schweiz sind vergleichbar mit jenen in den Niederlanden, Schweden und den Vereinigten Staaten, wo der Klassenkonflikt politisch auch relativ befriedet bzw. irrelevant und wo der Zugang zum politischen System relativ offen ist. Im Unterschied zu diesen anderen Ländern beruht die Offenheit des Schweizer politischen Systems für Protestbewegungen aber auf institutionellen Innovationen aus dem vergangenen Jahrhundert. Die heutigen Schweizer Protestbewegungen haben diese Öffnung vorgefunden und nicht etwa selbst erkämpft, und sie profitieren auch nicht von einer aktuellen politischen Kultur gegenseitiger Toleranz – wie etwa die Bewegungen in den Niederlanden, wo diese Kultur allerdings auf wohlkalkuliertem Eigeninteresse der herrschenden Kreise, und nicht etwa Prinzipien beruht (van Doorn 1985). Die aktuell in der Schweiz tonangebenden Kreise ziehen es, wie bereits angetönt, vielmehr vor, die traditionellen demokratischen Errungenschaften so restriktiv wie möglich zu handhaben. Die sich daraus ergebende Tendenz zur Schliessung des Systems nähert die schweizerische Situation derjenigen der Bundesrepublik an, mit

Tabelle 2: Entwicklungsbedingungen für neue soziale Bewegungen in der Schweiz <sup>1</sup>

politische Relevanz des traditionellen Klassenkonflikts	Offenheit des politischen Systems	
	relativ gross	relativ gering
relativ gross	Grossbritannien	Frankreich
relativ gering	Niederlande, USA Schweden, Schweiz	Bundesrepublik

<sup>1</sup> Dieses Schema geht auf eine Anregung von Philip van Praag jr. zurück.

entsprechender Tendenz zu fundamentaler Opposition. Starke Unterschiede ergeben sich dagegen zwischen der schweizerischen Situation und jener in Ländern wie Grossbritannien, wo der Klassenkonflikt noch hohe politische Relevanz besitzt oder Frankreich, wo dies auch der Fall ist und wo zudem die Zugänglichkeit des politischen Systems relativ gering ist (vgl. Tab. 2).

Es gibt denn in der Schweiz auch *relativ starke neue soziale Bewegungen*, die in einer verhältnismässig ausgebauten alternativen Gegenkultur wurzeln. Zwar hat die Friedensbewegung in der neutralen Schweiz nie die Stärke der Friedensbewegungen in den NATO-Ländern erreicht, in denen die Stationierung von Marschflugkörpern konkret zur Diskussion stand. Und auch die schweizerische Frauenbewegung ist gemessen an anderen europäischen Vorbildern noch unterentwickelt, was unter anderem mit der späten politischen Emanzipation der Schweizer Frauen erklärt werden kann. Die Anti-AKW-Bewegung im besonderen und der Protest, der sich an Umweltfragen entzündet, ganz allgemein sind in der Schweiz aber sehr stark. Das Umweltbewusstsein ist in diesem Land, in welchem die Bürger schon immer für ihre Reinlichkeit und Ordnung bekannt waren, sehr hoch entwickelt. Es gibt in der Schweiz auch ein starkes Engagement für die Dritte Welt. Hohe Wellen hat in der Schweiz schliesslich die zweite Generation der neuen sozialen Bewegungen, der Jugendprotest zu Beginn der achtziger Jahre geworfen. Zusammen mit Berlin und Amsterdam gehörte Zürich zu den Zentren dieses fundamentaloppositionellen Protests.

Nicht zu übersehen ist allerdings, dass auch die Kritik der Moderne von einem traditionalistischen Standpunkt aus in der Schweiz sehr stark ist und sich in den erfolgreichen Mobilisierungskampagnen der nationalen Rechten niederschlägt. Die Dynamik der Individualisierungsprozesse hat also nicht ausschliesslich eine Vergrösserung des Potentials neuer sozialer Bewegungen zur Folge. Wie wir gesehen haben, führt sie vor allem ältere, und, man kann hinzufügen, weniger ausgebildete Zeitgenossen ins Lager der Verunsicherten, die ihr Heil im Mythos der Vergangenheit suchen. Manchmal gehen die beiden Strömungen des Anti-Modernismus – jene, welche den Fortschritt vom Standpunkt der Moderne und jene, welche ihn vom Standpunkt der Tradition aus kritisiert – merkwürdige Verbindungen miteinander ein, wie das etwa bei der Initiative zur Abschaffung der Vivisektion kürzlich der Fall war: Ein Amalgam von individualistischem Moralismus, Fortschrittskritik und Ökologismus führt vor allem in den protestantischen Teilen der deutschen

Schweiz zu einem diffusen Widerstand gegen Auswüchse der Moderne, die von neuen sozialen Bewegungen auf grundsätzlichere Weise angegriffen werden (Nef 1986).

### III. Das Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen zu Parteien

Der Handlungsspielraum des Parteiensystems wird also nicht nur durch das neo-korporatistische Verbandssystem, sondern auch durch die Expansion demokratischer Mobilisierungsprozesse «von unten» eingeschränkt. Aber auch von dieser Seite her wird die Existenz dieses Systems nicht generell in Frage gestellt. Die Rede vom Ende der Parteien scheint auch aus dem Blickwinkel neuer sozialer Bewegungen solange verfrüht, als das Parlament eine relevante, wenn auch nicht mehr die zentrale Arena der politischen Auseinandersetzung bleibt. So haben die Studien in der «Political Action»-Tradition unter anderem gezeigt, dass unkonventionelles politisches Handeln nicht substitutiv für konventionelles und das heisst parteipolitisches Handeln ist, sondern dass das Verhältnis zwischen den beiden Aktionsformen in der Regel *kumulativen* Charakter hat: Wer unkonventionell politisch aktiv wird, ist in der Regel auch konventionell überdurchschnittlich aktiv (vgl. Barnes/Kaase 1979). Aufgrund der Analyse von Beteiligten an verschiedenen politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz sind wir im grossen und ganzen zum selben Ergebnis gekommen (Kriesi 1985: 354 ff.). Allerdings hat sich dabei auch ergeben, dass es in allen Bewegungen einen beträchtlichen Anteil von Aktiven gibt, die der Parteipolitik in der Tat den Rücken zugekehrt haben. Besonders hoch war der Prozentsatz dieser Gruppe bei den Aktiven aus den Reihen der zweiten Generation der neuen Bewegungen.

Welchen Parteien stehen die Anhänger neuer sozialer Bewegungen nahe? Wie Müller-Rommel (1984) deutlich gemacht hat, hängt die Wahlentscheidung der Anhänger neuer sozialer Bewegungen von der Art des Parteiensystems ab. In Vielparteiensystemen ohne Grüne Parteien, d. h. in Parteiensystemen wie jenem der Schweiz bis zu Beginn der achtziger Jahre, verteilt sich gemäss Müller-Rommel die Parteipräferenz der Anhänger dieser Bewegungen in der Regel auf die neuen linken Aussenseiterparteien oder, wie er sie nennt, auf die «postindustriellen Linksparteien». In Parteiensystemen, in denen Grüne Parteien mit solch «postindustriellen Linksparteien» konkurrieren, so wie in der Schweiz heute, ist die Parteipräferenz der Anhänger neuer sozialer Bewegungen dagegen gespalten: Während die Ökologiebewegung eine stärkere Affinität zur Grünen Partei aufweist, ziehen die Anhänger der Anti-AKW- und der Friedensbewegung eher kleinere Linksparteien vor. Für die Schweiz gehen diese Generalisierungen allerdings nicht ganz auf: Von den von uns zu Beginn der achtziger Jahre untersuchten Aktiven aus neuen sozialen Bewegungen wiesen allein die Anhänger des sogenannten «fortschrittlichen» Flügels der Anti-AKW-Bewegung eine besondere Nähe zu neuen Aussenseiterparteien auf; insgesamt standen die Anhänger der neuen sozialen Bewegun-

gen aber der SP am nächsten (Kriesi 1985: 293 ff.). Dies ist nicht nur ein Hinweis auf die gemässigte Tendenz dieser neuen Bewegungen in der Schweiz, sondern auch ein Hinweis auf die besondere Bedeutung der ambivalenten Haltung der SP in bezug auf die Opposition in diesem Land.

Zwischen neuen sozialen Bewegungen und Parteien ergeben sich aber nicht nur auf der Ebene individuellen politischen Handelns, sondern auch auf jener organisationellen Handelns mehr oder weniger enge Beziehungen. Das Verhältnis von Bewegungen und Parteien auf dieser Ebene kann allgemein anhand verschiedener Modelle beschrieben werden. Rucht (1985) unterscheidet deren vier:

- das «*Stufenmodell*»: gemäss diesem Modell bildet die Bewegung die historische Vorstufe zur Partei. Im Zuge ihrer Institutionalisierung wird die Bewegung zur Partei. Die Klassiker der Parteisoziologie hatten vor allem dieses Modell vor Augen, als sie ihr «ehernes Gesetz der Oligarchie» (Michels) oder die These von der «Routinisierung des Charisma» (Weber) formulierten.
- das «*Schöpfquelle-Modell*»: gemäss diesem Modell ist die Bewegung ein funktionales Komplement der Partei. Die Bewegung ist Rekrutierungs- basis, Mobilisierungs- und Wählerpotential der Partei. Als «Jungbrunnen» der Partei bleibt sie letztlich die eigentlich schöpferische, innovative Kraft, welche die Partei für neue Probleme sensibilisiert, auch wenn dieses Modell parteienzentriert ist.
- das «*Avantgarde-Modell*»: gemäss diesem Modell ist die Partei der Bewegung auf Dauer übergeordnet. Sie ist der richtungsweisende Teil der Bewegung, die der Aufklärung durch sie bedarf. Dies ist das klassische leninistische Modell.
- das «*Sprachrohr-Modell*»: auch dieses Modell unterstellt eine funktionale Komplementarität von Partei und Bewegung. Im Unterschied zum Schöpfquelle-Modell ist dieses Modell aber bewegungszentriert: die Partei ist lediglich das für ein bestimmtes Handlungsfeld (die parlamentarische Arena) bestimmte Instrument der Bewegung.

Die institutionalisierende Tendenz des Stufenmodells lässt sich in der Schweiz unter anderem anhand des Landesrings und der nationalen Rechten deutlich illustrieren. Im Rahmen der Entwicklung dieser Parteien ging deren Bewegungscharakter mehr und mehr verloren und das Charisma ihrer Führer (Duttweilers bzw. Schwarzenbachs) wurde mehr oder weniger routinisiert. Das Avantgarde-Modell wird in der Schweiz noch am ehesten durch die PdA und die SAP repräsentiert, was unter anderem eine Erklärung für ihre weitgehende Bedeutungslosigkeit ist: Die gesellschaftlichen Kräfte, zu deren Avantgarde sie sich erklären, existieren entweder nicht mehr, oder lehnen aufgrund ihrer basisdemokratischen Prinzipien derartige Organisationsmodelle gerade grundsätzlich ab. Das Verhältnis der Sozialdemokratie sowie der neuen lin-

ken (POCH, PSA) und grünen Aussenseiterparteien zu den neuen sozialen Bewegungen lässt sich dagegen am ehesten mit dem Schöpfquellen-Modell oder mit dem Sprachrohr-Modell beschreiben, je nachdem, ob man den Standpunkt der Parteien oder der Bewegungen einnimmt. Die Parteien versuchen gemäss dem Schöpfquellen-Modell, die Bewegungsenergien für ihre eigene Entwicklung zu instrumentalisieren; die Bewegungen umgekehrt sind auf diese Parteien als Sprachrohr und Stütze angewiesen, versuchen sie ihrerseits für ihre eigene Entwicklung einzuspannen und reagieren oft, wie etwa das Beispiel der Zürcher Bewegung zeigt (Kriesi 1984), sehr sensibel auf deren Annäherungsversuche. Vor allem die Anhänger der zweiten Generation neuer Bewegungen möchten die ihnen nahestehenden Parteien auf die Rolle des Sprachrohrs reduzieren, gestehen ihnen allenfalls die Funktion zu, «als institutioneller Arm im offiziellen politischen System zu dienen», während «die übrige, punktuell auftretende politische Arbeit, die gewiss den Hauptteil ausmacht», aus ihrer Sicht besser von ihnen selbst geleistet wird (Scheiben 1982: 18).

Das schwierige Verhältnis zwischen neuen sozialen Bewegungen und ihnen nahestehenden bzw. gar aus ihnen hervorgegangenen Parteien basiert auf unterschiedlichen Orientierungsweisen und strukturellen Unterschieden, die grundsätzlicher Art sind und sich ganz allgemein zwischen Bewegungen und Parteien ergeben: Bewegungen orientieren sich an grundsätzlichen *Prinzipien*, die nicht verhandelbar sind; Parteien verkünden zwar auch Prinzipien in ihren Programmen, ihr politisches Handeln ist aber viel stärker durch unmittelbare Interessen geleitet, und sie lassen sich dauernd auf Verhandlungen und Kompromisse mit ihren Gegnern ein. Wird der prinzipielle Standpunkt einer Bewegung von einer Partei übernommen bzw. von einer Partei der Bewegung im politischen System artikuliert, so führt das zu einer Polarisierung innerhalb des Parteiensystems und unter Umständen zu einer Blockierung des politischen Entscheidungsprozesses (Nedermann 1984: 1043). Das unterschiedliche Verhältnis zu Prinzipien äussert sich auch in einer unterschiedlichen *Zeitperspektive*: Bewegungen orientieren sich entweder an unmittelbaren Auseinandersetzungen, Ereignissen und Kämpfen oder sie haben eine sehr lange Zeitperspektive. Die Revolution wird kommen, sagen sich ihre Anhänger, selbst wenn es sehr lange dauern wird. Was ihnen fehlt ist eine mittlere Zeitperspektive, die genau jene kennzeichnet, die in der konventionellen Politik der Parteien engagiert sind (vgl. Apter/Sawa 1984: 134). Schliesslich bestehen vor allem zwischen neuen sozialen Bewegungen und Parteien starke Unterschiede hinsichtlich ihrer *organisatorischen Struktur*. Während neue soziale Bewegungen vor allem in ihrer ersten Entwicklungsphase, aber auch später noch stark informell organisiert sind und den Ausbau formeller Strukturen gerade zu verhindern suchen, haben die Parteien organisatorische Apparate entwickelt, die, wenn sie auch im Falle der Schweiz verhältnismässig klein sind, eine eigene Dynamik entfalten.

Die «Realos» aus den neuen sozialen Bewegungen sind geneigt, Wasser in den Wein ihrer Prinzipien zu giessen, ihre Unschuld aufzugeben und ins



Gerangel der Parteien einzusteigen. Den «Fundis» dagegen, das können wir auf der deutschen Bühne mitbeobachten, sind ihre Prinzipien heilig, und sie sind nicht bereit, diese gegen Mitverantwortung zu tauschen. Dieselben beiden Strömungen finden sich auch in der schweizerischen Szene, wobei mir hier diesbezüglich eine Trennung zwischen den beiden Generationen neuer sozialer Bewegungen auffällt: Es ist vor allem die anarchistische achtziger Rebellengeneration, die von Parteien nichts wissen will, die ein rein negatives Verhältnis zur Politik hat und die ihre Lebenswelt allein vor den Eingriffen des Staates verteidigen, aber nichts mehr via die Beteiligung an staatlicher Politik erreichen will. Die aus der Studentenbewegung hervorgegangene 68er Generation, welche noch heute die Anti-AKW-, Umweltschutz-, Friedens-, Frauen- und Dritt-Welt-Bewegungen prägt, hat dagegen im Laufe ihrer Biografie selbst einige politische Organisationserfahrung gesammelt und sieht den Weg der konventionellen Parteipolitik neben anderen Wegen als einen möglichen und auch relevanten Weg zur Artikulation ihrer politischen Ziele und Forderungen an<sup>7</sup>. Der überwiegend gemässigte Charakter dieser Bewegungen in der Schweiz ist ein weiterer Grund, weshalb sie Parteien relativ nahe stehen.

Die verblassende Relevanz traditioneller Konfliktlinien und die zunehmende Bedeutung einer stets deutlichere Konturen annehmenden neuen Konfliktdimension erhöhen nicht nur das politische Gewicht der neuen sozialen Bewegungen, sondern auch, wie wir im ersten Abschnitt gesehen haben, der ihr nahestehenden Parteien. Daraus könnten sich in Zukunft auch in der Schweiz neue Allianzmöglichkeiten ergeben, mit schwerwiegenden Implikationen für das herrschende Regierungssystem der Konkordanz. Vier Fragen erscheinen mir zum Schluss in diesem Zusammenhang entscheidend: Zum ersten die Frage nach der Rolle der traditionalistischen anti-modernistischen Kräfte in der Zukunft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint nicht nur die emanzipatorische, sondern auch die traditionalistische Komponente des anti-modernistischen Protests in der Schweiz (und anderswo) an Bedeutung zu gewinnen. Unter dem Eindruck einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Krise könnte sich das Gewicht der traditionalistischen Komponente noch weiter verstärken. Es ist eine offene Frage, ob es gelingen kann, dieses traditionalistische Potential für eine emanzipatorische Politik anzusprechen. Daran anknüpfend stellt sich die Frage nach der Entwicklung der SP, und zwar nicht nur die Frage, wieweit sich die den neuen sozialen Bewegungen nahestehenden Kräfte innerhalb der SP durchsetzen können und wie hoch die Bereitschaft der SP sein wird, mit derartigen Kräften in anderen Parteien zusammenzuarbeiten, sondern ebenso die Frage, ob es die SP versteht, auch Teile jener oppositionellen Kräfte zu binden, die nun der nationalen Rechten zuströmen.

7 Wenn Offe (1983: 34) davon spricht, dass alle neuen sozialen Bewegungen eine negative Konzeption von staatlicher Politik hätten, dann steht er meiner Ansicht nach zu stark unter dem Eindruck der zweiten Generation dieser Bewegungen und verallgemeinert auf vorschnelle Weise.

Eine dritte offene Frage betrifft die Anpassungsfähigkeit der dominanten bürgerlichen Parteien: Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie es verstehen könnten, einen Teil des von der neuen Mittelschicht getragenen grünen Protestes zu inkorporieren. Ob es dazu kommt, hängt vor allem von ihrer Bereitschaft ab, den radikaleren Demokratievorstellungen dieser neuen Schichten zu entsprechen, was wiederum nur um den Preis einer erneuten Öffnung des Systems möglich ist. Angesichts der aktuell noch stets zunehmenden Schliessung des Systems stellt sich schliesslich die Frage nach der Radikalisierung der neuen sozialen Bewegungen und deren damit zusammenhängenden Abkehr von der parlamentarischen Demokratie und den Parteien überhaupt. Anzeichen für eine solche Abkehr bestehen, wie dargelegt, vor allem in der jüngsten Generation. Wie weit sich derartige Tendenzen verstärken werden, hängt ebenfalls von der Entwicklung der Zugänglichkeit und der demokratischen Möglichkeiten innerhalb des politischen Systems ab.

### Literatur

- Apter, D. E. and N. Sawa (1984). *Against the State. Politics and Social Protest in Japan*. Cambridge, Mass.; Harvard University Press.
- Barnes, S. H., M. Kaase et al. (1979). *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage.
- Baumann, A. (1985). «Die Proporzinitiative der Jungen CVP im Wallis», in: H. Kriesi (Hrsg.): *Bewegung in der Schweizer Politik*. Frankfurt: Campus, S. 127–57.
- Beck, U. (1983). «Jenseits von Stand und Klasse?», in: R. Kreckel (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen.
- Beyme, K. von (1982). *Parteien in westlichen Demokratien*. München: Piper.
- Blum, R. (1984). «Wahlbilanz 1984: Grün war die Siegesfarbe», in: *Tages-Anzeiger*, vom 27. Dezember, S. 5.
- (1984a). «Konkordanzdemokratie? Konkurrenzdemokratie?», in: *Tages-Anzeiger*, vom 30. Januar, S. 45.
- (1985). «Gewinnen Nationale und Grüne die Wahlen von 1987?», in: *Tages-Anzeiger*, vom 28. Dezember, S. 5.
- Brand, K. W. (1982). *Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale*. Eine Zwischenbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1985). «Vergleichendes Resümee», in: ders. (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt: Campus, S. 306–34.
- Bürklin, W. P. (1981). «Die Grünen und die «Neue Politik»», in: *Politische Vierteljahresschrift*, S. 359–82.
- Bussmann, W. (1981). *Gewässerschutz und kooperativer Föderalismus in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Doorn, J. A. A. van (1985). «Tolerantie als taktiek», in: *Intermediar*, 21. Jg., No 51, S. 29–33.
- Dreitzel, H. P. (1976). «Der politische Inhalt der Kultur», in: A. Touraine u. a. (Hrsg.): *Jenseits der Krise*. Frankfurt: Syndikat, S. 50–93.
- Gross, A. (1986). «Wird 1986 zum Rekordjahr für Volksinitiativen?», in: *Tages-Anzeiger*, vom 4. Januar, S. 5.
- Gruner, E. (1977). *Die Parteien in der Schweiz*. 2. Auflage, Bern: Francke.
- (1984). «Parteien», in: U. Klöti (Hrsg.): *Handbuch Politisches System der Schweiz*, Band 2. Bern: Haupt.
- Gruner, E. und H. P. Hertig (1983). *Der Stimmbürger und die «neue» Politik*. Bern: Haupt.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1/2. Frankfurt: Suhrkamp.

- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: University Press.
- Kriesi, H. (1980). *Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik*. Frankfurt: Campus.
- (1982). *AKW-Gegner in der Schweiz*. Diessenhofen: Rüegger.
- (1984). *Die Bewegung von Zürich. Bilder, Interaktionen, Zusammenhänge*. Frankfurt: Campus.
- (Hrsg.) (1985). *Bewegung in der Schweizer Politik. Fallstudien zu politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz*. Frankfurt: Campus.
- Kriesi, H., R. Levy, G. Ganguillet und H. Zwicky (Hrsg.) (1981). *Politische Aktivierung in der Schweiz. 1945-78*. Diessenhofen: Rüegger.
- Lehmbruch, G. (1977). «Liberal Corporatism and Party Government», in: *Comparative Political Studies*, April, p. 91-126.
- (1984). «Concertation and the Structure of Corporatist Networks», in: J. H. Goldthorpe (Ed.): *Order and Conflict in Contemporary Capitalism. Studies in the Political Economy of Western European Nations*, Oxford: Clarendon Press, p. 60-80.
- Lipset, S. M. and S. Rokkan (1967). «Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction», in: Lipset/Rokkan (Eds.): *Party Systems and Voter Alignments*, New York: The Free Press, p. 1-64.
- Longchamp, C. (1984). Analyse der Nationalratswahlen 1983. *Vox-Sondernummer*, 7. Jg., Publikation Nr. 20, Juni.
- Maguire, M. (1983). «Is there still Persistence? Electoral Change in Western Europe, 1948-79», in: Daalder, H. and P. Mair (Eds.): *Western European Party Systems*. London: Sage, p. 67-94.
- Mair, P. (1983). «Adaptation and Control: Towards and Understanding of Party and Party System Change», in: Daalder, H. and P. Mair (Eds.): *Western European Party Systems*. London: Sage, p. 405-29.
- Müller-Rommel, F. (1984). «Zum Verhältnis von neuen sozialen Bewegungen und neuen Konfliktdimensionen in den politischen Systemen Westeuropas: Eine empirische Analyse», in: *Journal für Sozialforschung*, 24. Jg., Heft 4, S. 441-54.
- Nedelmann, B. (1984). «New political movements and changes in processes of intermediation», in: *Social Science Information*, p. 1029-48.
- Nef, R. (1986). *Der Urnengang als bettägliche Gewissensprüfung? Soziologisches Institut, Univ. Zürich, Forschungsschwerpunkt «Raumbezogene Gesellschaftsanalyse»*.
- Offe, C. (1983). «Competitive Party Democracy and the Keynesian Welfare State: Factors of Stability and Disorganization», in: *Policy Sciences*, 15, p. 225-46.
- Pedersen, M. N. (1983). «Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948-1977: Explorations in Explanation», in: Daalder, H. and P. Mair (Eds.): *Western European Party Systems*, p. 29-66.
- Rose, R. and D. Urwin (1970). «Persistence and Change in Western Party Systems since 1945», in: *Political Studies*, 18, 3, p. 287-319.
- Rucht, D. (1985). *Notizen zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien*. Überarbeitete Fassung eines Vortrags vom 27. März 1985 am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin.
- Scheiben, O. (1982). «Parteien adieu!», in: *Widerspruch*, 4, S. 11-20.
- Schmidt, M. G. (1985). *Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung*. Eine Bilanz der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt: Campus.
- Schumann, K. (1971). *Das Regierungssystem der Schweiz*. Köln: Karl Heymanns Verlag.
- Smith, G. (1972). *Politics in Western Europe*. London: Heinemann.
- Stuurman, S. (1985). *De labyrinthische staat. Over politiek, ideologie en moderniteit*. Amsterdam: Uitgeverij SUA.
- Werder, H. (1978). *Die Bedeutung der Volksinitiative in der Nachkriegszeit*. Bern: Francke.